

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 17/3713

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Thomas Rother - Vorsitzender

per E-Mail

### **3. Opferschutzbericht für Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung – Drucksache 17/1937  
Anhörung Innen- und Rechtsausschuss

#### **Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer in Schleswig-Holstein**

Sehr geehrter Herr Rother,  
sehr geehrte Damen und Herren,

grundsätzlich begrüßt die Landesarbeitsgemeinschaft der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer in Schleswig-Holstein den 3. Opferschutzbericht der Landesregierung bzw. die zunehmende Auseinandersetzung mit den Belangen der Opfer.

Der Bericht verdeutlicht, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, den innerhalb der Justiz vorrangig auf die Täter ausgerichteten Focus auch auf die Opfer zu richten.

Innerhalb der Gerichtshilfe betrifft das die Opferberichterstattung und den Täter-Opfer-Ausgleich, wie in 7.6 des Opferschutzberichtes beschrieben. Die frühzeitige Nutzung dieser Aufgabenbereiche in der Gerichtshilfe ermöglicht es, weitere Straftaten, deren Tatfolgen und damit weitere Opfer zu vermeiden.

Umso notwendiger ist es, dieses Instrument der sozialen Strafrechtspflege zu fördern und auszubauen bzw. jede Schwächung zu vermeiden. Auch dieses sind maßgebliche Voraussetzungen für einen funktionierenden Opferschutz.

---

**Vorstand:**

**Ute Seidler, Lübeck, Landessprecherin, Tel. 0451/371-1136**  
**Karl-Heinz Brenke, Flensburg, stellv. Landesspr., Tel. 0461/89-552**

**Travemünder Allee 9**  
**23568 Lübeck**  
**Fax: 0451/371-1399**

**Bankverbindung: ADG e. V., Nr. 311 300 006, BLZ 640 901 00 bei Volksbank Reutlingen**

Opferschutz bedeutet auch Täterarbeit, etwa im Rahmen ambulanter Maßnahmen wie die des Anti-Gewalt-Trainings. Ein entsprechendes Angebot muss flächendeckend geschaffen und erhalten werden.

Wir wünschen uns, dass über die öffentlichkeitswirksame Befassung dieser Thematik hinaus weiterhin die in dem Opferschutzbericht angesprochenen Opferbelange mit den dafür notwendigen Mitteln gefördert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Seidler  
Landessprecherin  
0451-3711136  
Lübeck, 24.02.2012